

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 14. Dezember 2012, 17:00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Jürg Dällenbach Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Peter Dütschler, Susanna Ernst, Peter Fahrni, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Alain Kleiner, Andreas Kübli, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Ursula Stöckli, Peter Stutz, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth Lehmann und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Fabienne Feller
Entschuldigt	Stadträtinnen Nora Läng und Susanna Ernst sowie Stadträte Serge Lanz, Simon Schweizer und Daniel Schenk
Schluss der Sitzung	19:00 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, schlägt *Peter Dütschler (FDP)* als Ersatzstimmenzähler für den abwesenden Stimmenzähler Serge Lanz (FDP) vor.

Der Rat wählt Peter Dütschler (FDP) stillschweigend als Ersatzstimmenzähler.

72. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22. November 2012

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

73. Stadträtliche Kommissionen

Ersatzwahl Sachkommission Bildung Sport Kultur (SAKO BiSK) anstelle von Claudine Beutler (SP)

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, schlägt *Nora Läng (SP)* als neues Mitglied der SAKO BiSK vor.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 lit. b) Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der SP-Fraktion beschliesst einstimmig:

In die Sachkommission Bildung Sport Kultur (SAKO BiSK) wird als Mitglied anstelle von Claudine Beutler per sofort gewählt: **Nora Läng (SP)**.

74. Kommissionen

Ersatzwahl von Daniela Weber (SVP) in die Schulkommission anstelle des zurückgetretenen Heinz Schürch und Wahl des Präsidiums

Bericht des Gemeinderates Nr. 21/2012

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, schlägt Marc van Wijk als neuen Präsidenten der Schulkommission vor. Dieser ist seit 14 Jahren in der Schulkommission tätig, davon seit 4 Jahren als Vizepräsident. Er hat selber pädagogische Erfahrung und Führungserfahrung sowie ein gutes Kommunikationsverhalten.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 17 Absatz 1 und Artikel 20 Bildungsreglement, nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 22. November 2012, beschliesst:

1. Von der Demission von Heinz Schürch per 31. Dezember 2012 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Heinz Schürch wird als Mitglied in die Schulkommission gewählt: Daniela Weber (SVP), geb. 31. Oktober 1977, von Maur ZH, Leiterin Finanz- und Rechnungswesen, wohnhaft Schwalm-ernstrasse 16, 3600 Thun, und zwar ab 1. Januar 2013 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2014 endenden Amtsdauer.
3. Als Präsident der Schulkommission wird gewählt: Marc van Wijk.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Der Stadtratspräsident gratuliert Daniela Weber und Marc van Wijk zur Wahl und wünscht ihnen alles Gute.

75. Sanierung Schulanlage Pestalozzi und Verbundprojekte; Verpflichtungskredite

• Gesamtsanierung Schulanlage Pestalozzi	CHF 21'490'000
• Schulraumprovisorien und Umzugskosten (Neubau Pavillon Schönauf, Umzug Mobiliar, Miete Lagerraum)	CHF 869'000
• Logistische Betreuung des Umzugs	CHF 200'000
• Schulhaus Schönauf: Ausbau Leitungsbereich und Renovation	CHF 490'000

Bericht des Gemeinderates Nr. 22/2012

Gemeinderat Roman Gimmel (SVP) weist darauf hin, dass bei diesem Geschäft zwei Direktionen zuständig sind. Deshalb wird anschliessend Gemeinderätin Ursula Haller ebenfalls Stellung nehmen. Man hat Grosses vor, es wurde sehr viel Zeit und Geld in das Geschäft investiert. Die Unterlagen sind sehr umfassend und es gingen zahlreiche Fragen ein. Am 22. November 2012 ging man mit fast allen Stadträten und Stadträtinnen vor Ort. Es wurde versucht, alle Fragen schriftlich und nachlesbar zu beantworten. Das Ziel des Geschäfts ist einerseits das Sanieren, aber auch das Modernisieren. Das Nötige wird realisiert und das Unnötige weggelassen.

Gemeinderätin Ursula Haller Vannini (BDP) ist überzeugt, dass der Stadtrat sehr gut informiert wurde. Es gab eine Führung vor Ort und die SAKO BiSK hat eine spezielle Kommissionssitzung gemacht, damit alle Fragen im Vorfeld beantwortet werden konnten. Es ist zwingend nötig, das Schulhaus zu sanieren, aber das Schulhaus ist auch nur so viel Wert wie das, was in diesem Schulhaus passiert. Die Kinder und die Lehrpersonen, aber auch die Eltern, sollen sich darin wohl fühlen. Ursula Haller dankt allen, die am Projekt mitgearbeitet haben, ganz herzlich. Berücksichtigt wurde beim Projekt, dass Schulstufen zusammen bleiben können, dass die Schule als Organisationseinheit zusammen bleiben kann, dass die Lösung, kinder-, stufen- und auch altersstufengerecht ist, dass die Schulwegsicherheit gewährleistet wird und mit einem Minimum an Bauprovisorien gearbeitet werden kann. Zur Schulwegsicherheit: Diese ist sehr wichtig, da sich die bereits bekannten Schulwege für die Kinder ändern werden. Es wurde deshalb eine Personengruppe aus der Verwaltung, der Schule, der Eltern, des VCS und der Kantonspolizei zusammengestellt, um die Schulwegsicherheit zu behandeln. Zu den modernen Erfordernissen: Eine Wandtafel gibt es noch, aber auch sog. „white boards“, auch genannt „smart boards“. So wird auf das Bedürfnis der Kinder, von Anfang an mit modernen Hilfsmitteln betraut zu werden, Rücksicht genommen. Ganz wichtig war es auch, von Anfang zu planen und somit zu wissen, welche Kinder an welchem Tag wohin gehen und welche Stunde wo statt findet. Diese ganze intensive Vorbereitung ist vorbildlich abgelaufen.

Simon Werren, **SAKO B + L**, informiert, dass bewusst auf eine kontrollierte Lüftung und einen Verkehrsgarten verzichtet wurde. Das ist sinnvoll und fand auch in der SAKO Zustimmung. Die SAKO freut es, dass die erstellten Verbundprojekte Erweiterung Schulanlage Göttibach und die Schulküchen Progymatte nach einer Kostenprognose von Anfang Dezember wahrscheinlich positiv abgerechnet werden können. Die SAKO dankt für die Besichtigung vor Ort und für die guten und verständlichen Unterlagen. Die SAKO hat die Verpflichtungskredite einstimmig angenommen.

Peter Stutz, **SAKO BiSK**, dankt für die umfassende Information. Die Gesamtsanierung hatte enorme planerische Aufwendungen zur Folge. Die verschiedenen divergierenden Interessen mussten unter einen Hut gebracht werden. Die heutige Vorlage ist deshalb ein Gesamtpaket. Das vorliegende Projekt liegt kostenmässig im Rahmen, verglichen mit gleichwertigen Projekten. Es kostet also nicht mehr als ein Neubau. Zum Schulraumprovisorium: Das Provisorium sollte 10 Jahre anhalten. Der Gratis-Pavillon der armasuisse ist günstiger, aber wegen den Anpassungen an die energetischen Vorschriften, Raumhöhe und Anschlüsse muss investiert werden. Auch dieses Teilprojekt erscheint sinnvoll und nötig. Wegen dem knappen zeitlichen Rahmen wurde bereits das Baugesuch eingereicht. Der Ausbau des Leitungsbereiches des Schulhauses Schönau ist ebenfalls sinnvoll und unbestritten. Die logistische Betreuung des Umzugs und die Betreuung der Schulkinder kosten ebenfalls, die Schulwegsicherheit hat grosse Bedeutung und die Schulleitungen wurden in die Planung miteinbezogen. Die SAKO empfiehlt einstimmig die Annahme.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass die Fraktion jede Investition in die Bildung unterstützt. Leider wurde auf energetische Massnahmen wie die kontrollierte Lüftung verzichtet. Es wäre wünschbar, dass alle einfach umsetzbaren energetischen Massnahmen ergriffen werden. Zum Beispiel betreffend Rieselputz: An der Fassade soll nichts gemacht werden. Andernorts wäre der Ersatz des über hundertjährigen Rieselputzes durch einen neuen wärmedämmenden Rieselputz möglich. Es ist nicht ersichtlich, wieso das in diesem Fall nicht gemacht werden darf. Wenn aber der Rieselputz dann doch ersetzt werden muss, dann sollte wärmedämmender Rieselputz gewählt werden. Die Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, ist erfreut, dass die Interpellation der Fraktion innerhalb der Dringlichkeitsfrist beantwortet wurde, obwohl sie nicht dringlich war. Vielleicht konnte die Interpellation dazu beitragen, dass etwas Schwung in das Geschäft kam. Im Projekt wurde am richtigen Ort eingespart, man kann auf den Minergiestandard verzichten. Das wäre ein Luxus. Die Fraktion wollte das Projekt nie verhindern, sondern die Kosten beeinflussen und einen allfälligen Nachkredit verhindern. Die Interpellation (I 8/2012) ist jetzt natürlich hinfällig. Die Fraktion zieht diese zurück und dankt für die detaillierte Beantwortung. Stadtrat Deriaz hofft, dass das Projekt jetzt auch so umgesetzt wird und allfällige Änderungen und Probleme gemeldet werden. Die Fraktion stimmt einstimmig zu, wünscht dem Projekt grossen Erfolg und wünscht sich, dass der Stadtrat nächstes Jahr nicht mit einem Nachkredit konfrontiert wird.

Thomas Marghitola, **BDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die Gründe für eine Sanierung bei der Besichtigung offensichtlich wurden. Es wurde bewusst auf die „nice to have“-Punkte verzichtet und das Augenmerk auf das Sanierungsbedürftige gerichtet. Nach 105 Jahren kam trotzdem einiges zusammen. Die Fraktion vertraut dem Gemeinderat bei der Kosteneinschätzung. Die Fraktion stimmt allen Punkten zu.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die Vorbereitung und die Besichtigung. Vernünftige Abstriche mussten gemacht werden, um die Kosten im Rahmen zu halten. Die Massnahmen zur Schulwegsicherheit während der Sanierungsphase sind sehr wichtig. Die Fraktion unterstützt die Investitionen in die Bildung, ein wichtiger Thuner Bodenschatz. Sie stimmt den Krediten zu.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion dem Antrag einstimmig zustimmt. Die geplante Sanierung kostet sehr viel Geld, vor 10 Jahren wäre es wohl etwas günstiger gewesen. In Zukunft soll bei stadt eigenen Gebäuden nicht mehr so lange zugewartet werden, bis saniert wird. Der Betrag ist hoch, aber es ist gut investiertes Geld.

Sandra Rupp Gyger (SP) äussert sich noch persönlich als Mutter von betroffenen Kindern: Ohne Sanierung wäre das Familienleben in den nächsten zwei Jahren etwas einfacher. Ihre Tochter wird bis zur Oberstufe in sehr vielen Schulhäusern zur Schule gegangen sein. Sie als Mutter ist schon etwas nervös, wenn sie daran denkt, wie alles ab August funktioniert. Die Eltern wurden bisher gut informiert, aber vor allem schriftlich. Viele lesen das nicht und sind verunsichert, es sollte auch auf mündlicher Ebene in Form von Elternabenden informiert werden. Sandra Rupp Gyger wünscht gutes Gelingen und hofft, dass das Geld und die Zeit reichen werden.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion zustimmt. Sie bedankt sich für die gute Vorbereitung des Geschäfts, insbesondere auch für die Führung durch Georg Müller. Man sah, was passieren würde, wenn man eine neue Lüftung einbauen würde und wieso man die vorliegende Lösung gewählt hat. Es ist gut, dass der Gemeinderat beschlossen hat, den Verkehrsgarten so stehen zu lassen. So kann er amortisiert werden, er wurde schliesslich erst 2006 renoviert. Wichtig ist ebenfalls, dass das neu renovierte Schulhaus den Bewohnern gerecht wird. Die Verbundprojekte sind schlüssig und nachvollziehbar.

Gemeinderätin Ursula Haller Vannini (BDP) antwortet Sandra Rupp Gyger, dass die Eltern noch mündlich informiert werden.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 lit. c der StV und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 14. November 2012, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 2'149'000 als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 503/3316.018.0 (Bestandesrechnungskonto Nr. 1143.20.01) für die Gesamtsanierung des Schulhauses und der Turnhalle Pestalozzi.
2. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 737'000 als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 503/3316.019.0 (Bestandesrechnungskonto Nr. 1143.20.01) für die Erstellung eines Pavillons auf der Schulanlage Schönaue.
3. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 147'000 als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 503/3316.020.0 (Bestandesrechnungskonto Nr. 1143.20.01) für den Ausbau Leitungsbereich und die Renovation der Schulanlage Schönaue.
4. Kenntnisnahme, dass der Gemeinderat am 14. November 2012 gesamthaft den Betrag von brutto CHF 20'016'000 als gebundene Ausgabe zu Lasten der Laufenden Rechnung (Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen) und CHF 190'000 (Baulicher Unterhalt Finanzvermögen) bewilligt hat. Diese sind:
CHF 19'341'000 für die Gesamtsanierung der Schulanlage Pestalozzi,
CHF 132'000 für den Umzug und die Lagermiete (Anteil Schulraumprovisorien und Umzugskosten),
CHF 200'000 für logistische Massnahmen des Amtes für Bildung und Sport,
CHF 343'000 für den Ausbau Leitungsbereich und die Renovation der Schulanlage Schönaue,
CHF 190'000 für Unterhalts-/Sicherheitsmassnahmen im Schlossbergschulhaus.
Die jährlichen Tranchen werden in den jeweiligen Voranschlag aufgenommen.
5. Die Ziffern 1 - 3 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.
6. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

76. Kunsteisbahn Grabengut, Sanierung Eiserzeugungsanlage

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 2'870'000 für einen Investitionsbeitrag an die Genossenschaft Stadion Lachen + Kunsteisbahn Thun

Bericht des Gemeinderates Nr. 23/2012

Gemeinderat Roman Gimmel (SVP) weist darauf hin, dass es heute nicht um die Gesamtsanierung des Grabenguts und auch nicht mehr um den Standort der Kunsteisbahn geht. Im Bericht ist die Rede von einer Verknüpfung des Verpflichtungskredits an die Strukturänderung, so dass es aus Sicht der Stadt stimmig ist. Die geforderte Absichtserklärung der Genossenschaft liegt vor. Die konsultative Abstimmung an der Generalversammlung vom 28. November 2012 ergab ein einstimmiges Resultat, welches die Absicht des Verwaltungsrates stützt. Heute geht es lediglich darum, den Termin des beco einzuhalten, der auf Saisonbeginn des nächsten Jahres angesetzt ist (September 2013). Das Ziel ist, dass es in Thun immer Eis geben wird.

Simon Werren, **SAKO B + L**, informiert, dass das kantonale Wirtschaftsamt die Frist für die Sanierung auf Saisonbeginn 2013 festgesetzt hat. Mit der Sanierung der Anlage wären die Auflagen gemäss der Störfallverordnung erfüllt. Die Eigentumsverhältnisse und die Zuständigkeiten müssen jetzt geklärt werden. Die Stadt kann nicht weiter die Finanzierung von Anlagen übernehmen, bei denen die Eigentumsverhältnisse ungeklärt sind. Die SAKO hat das Geschäft einstimmig angenommen.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, gibt zu Bedenken, dass, wenn das Vorhaben abgelehnt wird, es im Herbst kein Eis haben wird. Er denkt dabei an die vielen hundert Schüler und Eishockeyspieler, die die Eishalle brauchen. Er denkt aber auch an die Sozialarbeit, insbesondere in Sachen Integration, die einfach passiert auf der Eisbahn. Die Fraktion unterstützt das Vorhaben.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion dem Kredit zustimmt. Dieser erste notwendige Schritt in Richtung einer Totalsanierung soll gemacht werden, nicht weil die Stadt muss, sondern weil sie will. Eissportarten in ihrer Vielfalt sollen auch weiterhin ermöglicht und gefördert werden. Die bestehenden Anlagen sollen erneuert werden, dies im Hinblick auf ein Eissportzentrum Thun. Die aktuelle Organisation und Struktur der Genossenschaft muss zwingend hinterfragt und in eine zeitgemässe Form gebracht werden.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass seit 8 Jahren keine Sanierungsmassnahmen in Bezug auf die Kunsteisbahn Grabengut umgesetzt werden. Erst mit der Beauftragung einer externen Firma zur Klärung der Standortfrage kam etwas Bewegung in die Sache. Ungefähr vor einem Jahr hat der Gemeinderat informiert, dass die Eisbahn am bisherigen Standort bleibt. Schon vorher war klar, dass umfangreiche Sanierungsarbeiten durchgeführt werden müssen, insbesondere auch bei der Eiserzeugungsanlage. Die Ammoniak-Problematik wurde schon vor Jahren angesprochen. Die Betriebsbewilligung für die Anlage wurde unwiderruflich nur bis Ende der laufenden Saison verlängert. Danach muss die alte Maschine aus dem Betrieb genommen werden und durch eine neue, rund 3 Mio. Franken teure Maschine ersetzt werden. Einmal mehr steht der Stadtrat mit dem Rücken zur Wand. Die drohende Gefährdung durch allenfalls austretendes Ammoniak kann nicht wegdiskutiert werden. Es muss jetzt in eine Anlage investiert werden, die nicht einmal der Stadt gehört. Die Schritte in Bezug auf die Eigentumsverhältnisse sowie die Frage der Betreiberorganisation hätten schon längst geklärt werden müssen. Auch die Curling-Halle muss angesprochen und miteinbezogen werden. Das Eis der Curler wird nämlich auch durch die alte Maschine produziert. Die heutige Situation ist für die Fraktion nicht mehr tragbar. Die bestehende Genossenschaft muss wohl aufgelöst werden und die Immobilien müssen durch einen Heimfall an die Stadt Thun übertragen werden. Mit grosser Dringlichkeit muss die Frage geklärt werden, wer künftig die Eisbahn mit der Curling-Halle und die Anlagen im Stadion Lachen betreiben soll. Die interessierten Vereine sollen bei der Klärung dieser Frage miteinbezogen werden. Gewisse Verpflichtungen ausserhalb der Nutzungskosten sollten möglich sein. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, z.B. gehört die Eishalle in Langenthal einer AG, deren Mehrheitsanteil die Stadt hat, aber an der die interessierten Vereine beteiligt sind. Auch der Betrieb wird durch die gleiche AG gewährleistet. Die Fraktion erwartet vom Gemeinderat diesbezüglich konkrete Vorschläge. Zudem fällt auf, dass die Kostenbeiträge der umliegenden Gemeinden nicht gerade grosszügig sind. Es besteht durchaus Potential. Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Gesamthematik Kunsteisbahn umgehend an die Hand zu nehmen und aufzuzeigen, wie künftig die Nutzung mit welchen Sanierungs- oder baulichen Massnahmen und zu welchem Preis, aussehen soll. Die Fraktion wird widerwillig zustimmen.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass es sich vorliegend um eine unumgängliche Investition handelt. Die Investition wird spät gemacht, ist aber dringend nötig. Zu betonen ist, dass es heute Abend ausschliesslich um den Ersatz der Eiserzeugungsanlage geht. Wenn dies nicht bewilligt wird, gibt es nächstes Jahr kein Eis. Die Abklärungen zum Standort hat der neue Gemeinderat mit Hochdruck voran getrieben. Es wird jetzt etwas Zeit gewonnen, um die Rahmenbedingungen für das Gesamtsanierungskonzept zu schaffen. Grundsätzlich ist das, was heute beschlossen wird, ein absolutes Minimum. Die Fraktion stimmt zu.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion der Sanierung zustimmt. Der Stadtrat wurde bereits zweimal vernommen, zuerst zum Standort, dann zur Variantenplanung. Grundsätzlich gibt es immer „nice to have“ und Notwendiges. Die Fraktion wünscht sich, dass der Gemeinderat das Versprechen

einlösen und eine Minimalvariante präsentieren wird. Der Aufgaben- und Finanzplan wurde an der letzten Sitzung zur Kenntnis genommen, der Gemeinderat malt ein ziemlich düsteres Bild der Stadtfinanzen. Er macht auf einen sinkenden Selbstfinanzierungsgrad aufmerksam. Auf Seite 28 des Berichts sieht man, dass die Sanierung der Kunsteisbahn der grösste Investitionsposten der Posten, über die der Stadtrat effektiv entscheiden kann, darstellt. Man muss sich fragen, ob sich die Stadt Thun eine Millionensanierung leisten kann. Die Fraktion bringt grosse Vorbehalte an. Die Betreiberschaft muss geprüft werden. Die Baurechtsabgabe war unentgeltlich. Schon im Lachen wurde saniert, jetzt wird die Eiserzeugungsanlage saniert. Die Stadt Thun investierte relativ viel Geld in Anlagen, die ihr nicht gehören. Bei einem Heimfall wäre es aus Sicht der Fraktion verfehlt, wenn Entschädigungen oder anderweitige Zahlungen an die Genossenschaft geleistet würden. Die Fraktion stimmt der Sanierung zu.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass die heutige Anlage gegen die Störfallverordnung verstösst. Deshalb wurde 2004 durch die beco die Sanierung der Eismaschine bis 2012 verfügt. Die Frist konnte einmal verlängert werden. Vereinzelte Stimmen wurden laut, dass man in der Zwischenzeit seit 2004 einen Neubau hätte planen sollen. Aber die Standortfrage und die Eigentumsverhältnisse mussten noch geklärt werden. Die passende Eismaschine für die alten Anlagen hat erstens einen doppelt so hohen Energieverbrauch als eine in einer isolierten Eissporthalle. Zweitens ist die im Energiegesetz verlangte Abwärmenutzung gar nicht möglich. Darauf ist der Gemeinderat eingegangen, indem er eine künftige Abwärmenutzung im Neubau vorsieht. Die Fraktion verfolgt die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse auf dem Areal mit Interesse. Die Rückgabe des Baurechts an die Stadt ist offenbar eine Bedingung für die Gewährung des Verpflichtungskredits. Das ist sinnvoll, da so die Stadt eine Gesamtplanung des Areals angehen kann. Die Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 lit. c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 14. November 2012 beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 2'870'000 als neue Ausgabe zu Lasten Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 565/3412.011.0 (Bestandesrechnungs-Konto Nr. 1179.10.01), für einen Investitionsbeitrag an die Genossenschaft Stadion Lachen + Kunsteisbahn Thun zur Sanierung der Eiserzeugungsanlage Grabengut / Erfüllung der Auflagen gemäss Störfallverordnung.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

77. Motion M 4/2012 betreffend Erhöhung ökologischer Pflege von öffentlichen Grünflächen

Fraktionen Grüne und SP vom 28. Juni 2012; Beantwortung

Gemeinderat Roman Gimmel erläutert, wieso das Geschäft abgeschrieben werden soll. Im Rahmen der Budgetdiskussion am 12. November 2012 in der SAKO B + L ergab sich, dass spätestens beim Voranschlag 2014 diese Pendenz bei der SAKO wieder aufkommen würde. Der Rat kann sich jetzt entscheiden, ob er die Pendenz auf Stufe Direktion/SAKO oder auf Stufe Gemeinderat/Stadtrat behandeln lassen will.

Suzanne Albrecht Wyss, **Fraktion Grüne**, ist erfreut, dass die Beantwortung einiges erklärt. Die Definition der Pflegestufen ist hilfreich. Der Vergleich verschiedener Schweizer Städte ist fast nicht möglich, da es keine Vergleichszahlen gibt. Dass die Digitalisierung der neuen Flächen neue Zahlen ergeben hat, ist nachvollziehbar. Auch klar ist, dass in letzter Zeit sehr viele intensiv gepflegte Flächen wie Fussballfelder neu gebaut wurden. Auf Nachfrage wurde klar, dass auch die Kunstrasenfelder zu den intensiv gepflegten Flächen gezählt werden, ebenso zählt das Naturschutzgebiet Gwattlischenmoos zu den naturnahen

Pflegeflächen. Die öffentlichen Grünflächen sollen so gepflegt werden, dass die verschiedensten Nutzungen möglich bleiben. Die Fraktion ist mit der Umwandlung in ein Postulat sowie der Abschreibung einverstanden. Was aber an der Antwort etwas befremdet, ist, dass der Gemeinderat die extensiven oder naturnahen Flächen nur erhalten will.

Die im Bericht zitierte Biodiversitätsstrategie des Bundes spricht auch von Förderung der naturnahen Flächen. Das Ziel wäre, dass etwa ein Drittel der Gesamtfläche naturnah wäre. Wenn immer mehr intensive Flächen dazu kommen, müssen auch mehr ökologisch gepflegte Flächen gefördert werden, die günstiger sind im Unterhalt und auch dazu beitragen, das Biodiversitätsziel des Bundes zu erreichen.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Bereitschaft, öffentliche Grünflächen ökologisch zu pflegen. Er tut sich schwer mit der Abschreibung, aber vertraut dem Gemeinderat. Die Fraktion ist nicht damit einverstanden, den Bestand nur zu halten. Der Anteil ökologisch gepflegter Flächen an der gesamten Grünfläche soll verbindlich definiert werden.

Der Rat stimmt der Umwandlung in ein Postulat sowie der Abschreibung einstimmig zu.

78. Postulat P 8/2012 betreffend zeitgemässe, attraktive und sichere Spielplätze

Fraktionen FdM, BDP, Grüne und Mitunterzeichnende vom 28. Juni 2012; Beantwortung

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, ist froh, dass das Problem endlich erkannt wurde. Es freut ihn, dass der Gemeinderat gewillt ist, den Spielplätzen den Wert beizumessen, den sie verdienen. Es sollen nicht nur Sicherheitsnormen eingehalten, sondern eine zeitgemässe Gestaltung angestrebt werden. Es ist aufgefallen, dass der Aspekt der teilweisen Fremdfinanzierung nicht aufgegriffen wurde. Er als Leistungspräsident könnte es sich durchaus vorstellen, dass der Leist einen Beitrag an die Modernisierung der Spielplätze leisten würde.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, ist erfreut, dass der Gemeinderat einer Modernisierung der Spielplätze nicht grundsätzlich abgeneigt ist. Aufgrund der finanziellen Ausgangslage ist klar, dass nicht alle Spielplätze auf einmal angepasst werden können. Deshalb ist es wichtig, dass ausser bei sicherheitstechnisch notwendigen Reparaturen mit den vorhandenen Ressourcen massvoll umgegangen wird. Spielplätze sind aber auch eine Visitenkarte der Stadt Thun. Für die zukünftige Gestaltung soll ein Konzept erarbeitet werden.

Suzanne Albrecht Wyss, **Fraktion Grüne**, stimmt gerne zu. Die meisten Spielplätze wurden vor 15 Jahren gebaut und haben einen hohen Erneuerungsbedarf. Sowohl der Spielplatz Schadau als auch die Thuntanic waren Ergebnisse von Wettbewerben an Berufsschulen. Diese Spielplätze sind sehr beliebt und einmalig. Es ist erfreulich, dass die Stadt eine Modernisierung vorsieht. Man sollte nicht etwas aus einem Katalog bestellen, sondern ein Konzept wie damals entwerfen.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass Kinder tendenziell zu wenig Bewegung haben. Es ist deshalb wichtig, dass Spielplätze mit spannenden und stabilen Geräten die Kinder von den Konsolen weglocken. Vorbei sind Spielplätze nur mit Schaukel und Rutschbahn. Etwas Ähnliches wie die Thuntanic wäre wünschenswert. Die Fraktion unterstützt die Stossrichtung des Postulats und nimmt dieses an.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Antwort. Die Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen. Thun hat in Bezug auf Spielplätze Entwicklungspotential und man hätte früher etwas machen könne. Für die Finanzierung findet man sicher andere Quellen. Der Gemeinderat könnte noch den zeitlichen Rahmen für das geplante Konzept angeben. Der abgebildete Spielplatz des Kindergarten Selve, der in der Antwort als wegweisend bezeichnet wird, entspricht nicht ihren Vorstellungen.

Sandra Ryser-Liebi, **SVP-Fraktion**, unterstützt den Antrag ebenfalls. Man klagt auf hohem Niveau. In den Jahren 2011 bis 2015 werden jährlich 120'000 Franken ausgegeben, um die Spielplätze an die EU-Norm anzupassen. In den Jahren 2013 bis 2018 kommen 600'000 Franken für den ordentlichen Unterhalt dazu.

Nicht eingeschlossen sind in diesen Ausgaben der Ersatz für die Thuntanic sowie der Spielplatz Lerchenfeld. Alles in allem werden rund 1,3 Mio. Franken für Spielplätze ausgegeben. Der Gemeinderat zeigt in der Antwort auf, für was er die Gelder einsetzen will. Eine Modernisierung löst hohe Kosten aus, deshalb soll das Gesamtkonzept sorgfältig geprüft werden. Spielplätze sollen Kinder fordern und fördern sowie die Kreativität wecken. Betreffend den Vorschlag im Bericht: Dieser Spielplatz entspricht auch nicht der Vorstellung von Sandra Ryser-Liebi, sie schlägt eher naturnahe Spielplätze vor.

Gemeinderat Roman Gimmel (SVP) merkt an, dass er den Hinweis betreffend Fremdfinanzierung notiert hat. Er weist generell darauf hin, dass das Postulat am 28. Juni 2012 eingereicht wurde. Die Gelder waren damals schon bestimmt (AFP). Das Beispielbild im Bericht soll aufzeigen, dass es auch weniger gefährliche Spielplätze geben kann, dafür etwas farbiger gestaltete.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass gewisse Objekte auch einmal überdenkt und in einem grösseren Rahmen angeschaut werden sollen. Manchmal wird besser ersetzt, als immer wieder saniert.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

79. Postulat P 10/2012 betreffend vermehrte Bring- und Holtage in Thun

SP-Fraktion vom 28. Juni 2012; Beantwortung

Piero Catani, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Prüfung. Leider ist die Prüfung nicht wie erwartet ausgefallen. Die Fraktion war überzeugt, dass ein Mehrbedarf vorliegt. Es ist aber erfreulich, dass der Gemeinderat am bestehenden Konzept festhalten will und der Anlass das nächste Jahr wieder durchgeführt werden soll. Nach eingehender Diskussion wurde beschlossen, das Postulat zurückzuziehen.

80. Postulat P 9/2012 betreffend Chance für urbane Entwicklung im Seefeldquartier - Umnutzung Parkfelder Niesenstrasse - Schadaustrasse als zukünftiges Wohngebiet für 2000 Watt Gesellschaft?!

Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 28. Juni 2012; Beantwortung

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und die gute Dokumentation. Der Gemeinderat teilt die Einschätzung, dass auf dieser Parzelle die Idee von einem Projekt, unterstützt vom Bundesamt für Energie und Bundesamt für Raumentwicklung, betreffend eine nachhaltige Quartierentwicklung unterstützungswürdig ist. Enttäuscht ist die Fraktion aber über den zeitlichen Umsetzungshorizont. Seit fast 10 Jahren stellt die Stadt dieses Stück Land auf das planerische Abstellgleis. Die Situation im Seefeldschulhaus ist nicht gut, die Räume sind nicht bedarfsgerecht. Die Schulraumplanung muss deshalb gemacht werden, damit ein Entscheid gefällt werden kann. Wenn die Ortsplanungsrevision abgewartet werden muss, vergehen wieder einige Jahre. Wäre eine Wohnraumnutzung möglich, könnten statt 22'000 Franken Parkeinnahmen 150'000 Franken Einnahmen aus Baurechtszins generiert werden. Die Fraktion geht von innovativen Projekten aus, die der „2'000 Watt- Gesellschaft“ Rechnung tragen. Es bleibt die Hoffnung, dass das Anliegen bald einmal das nötige Gewicht bekommt. Bis es soweit ist, sollte eine andere Zwischennutzung gefunden werden. Ein Beispiel dafür wäre das sog. „Urban Gardening“; darunter versteht man neue Lebensräume in Städten. Dies behandelt zentrale Zukunftsfragen wie Ressourcenknappheit, Stadtökologie usw. Das wäre sinnvoller als ein Parkplatz, der durchschnittlich 5 % ausgelastet ist. Die Stadt muss eine solche Zwischennutzung nicht selber lancieren, aber die Fraktion würde die Unterstützung von Interessierten durch die Stadt sehr begrüßen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist erfreut über die geplante Umsetzung der „2'000 Watt-Gesellschaft“. Er hat aber Verständnis dafür, dass der Gemeinderat das Landstück im Moment noch reservieren will. Er ist damit einverstanden, dass das Postulat in der nächsten Legislatur im Rahmen der Ortsplanungsrevision geprüft wird. Er könnte sich ebenfalls eine attraktivere Übergangsnutzung vorstellen als ein kaum genutzter Parkplatz. Die Nutzung sollte mit den Quartierbewohnern diskutiert werden, die Betroffenen sollen mitwirken können.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, schliesst sich dem Postulat an. Es ist aber wichtig, dass Bauten energieeffizient erstellt und entsprechende Projekte auch gefördert werden. Die Nachfrage wäre sicher da, auch Einnahmen aus einem Baurecht würde die Fraktion begrüssen. Vorrang hat die schulische Nutzung, eine gewisse Quadratmeterzahl ist dafür reserviert. Energieeffizientes Bauen beinhaltet jedoch nicht, dass die Siedlung dann autofrei ist. Das wäre nicht sachgerecht. In Zürich gilt für die „2'000 Watt-Gesellschaft“ Minergiestandard P. Christian Josi selber arbeitet in einem Gebäude mit Minergiestandard P. Die Technik ist noch nicht ausgereift. Er ist deshalb froh, dass der Gemeinderat zuerst die Ortsplanungsrevision abwarten will, vielleicht wird die Technik bis dahin etwas ausgereifter sein.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, ist der Meinung, dass das Gebiet als solches zu erhalten ist. Deshalb ist der Annahme des Postulats zuzustimmen. Eine wirtschaftlichere Alternativnutzung mit mehr als 22'000 Franken Einnahmen wäre wünschenswert. Es ist wichtig, dass man die Anwohner diesbezüglich miteinbezieht.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, meint, dass verdichtetes Überbauen an dieser Stelle ein bestechender Gedanke ist. Es ist ein Quartier mit hohem Wohnkomfort, es ist nämlich zentral gelegen, gut an den öV angebunden und in der Nähe von Schulen. Aber auf der anderen Seite ist es ein Landstück, das primär für die öffentliche Nutzung bestimmt ist. Die Primarschule Hohmad und die Primarschule Seefeld sind in einem schlechten Zustand. Zuerst muss also entschieden werden, ob ein neues Schulhaus entstehen soll. Dies ist aus demografischer Sicht im Moment noch nicht planbar. Die Fraktion erwartet gespannt die Resultate der Revision und nimmt das Postulat an.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, antwortet Christian Josi: Mobilität braucht sehr wohl Energie. Dies ist der Grund, dass andere Städte beim Richtplan Energie Mobilität miteinbeziehen. Autofrei heisst nicht, dass man das Auto verkaufen muss, wenn man dort hin zieht. Die Leute, die in der Stadt wohnen, haben aber tendenziell kein Auto mehr, da die öV-Anschlüsse so gut sind.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

81. Postulat P 12/2012 betreffend Überprüfung der Nachtruhebestimmungen der Stadt Thun

BDP-Fraktion vom 23. August 2012; Beantwortung

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, liest aus dem Bericht des Gemeinderats, dass Nachtruhebestimmungen ein heikles Thema sind. Das war der Fraktion bewusst, das Gleichgewicht sollte man nicht unnötigerweise gefährden. Er hat vermutet, dass die Antwort so ausfallen wird. Eine Prüfung wäre aber trotzdem angebracht. Die Jahreszeit wäre nicht schlecht, da im Moment wohl nicht viele Klagen eingehen.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, wird zustimmen. Die Fraktion ist eher kritisch in Bezug auf Lockerungen, vor allem in der Innenstadt. Es konnte momentan ein labiles Gleichgewicht gefunden werden. Im Gebiet Rosenau/Güterbahnhof wäre eine Lockerung eher vorstellbar. Es ist schwierig, die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, weiss, dass es nicht ohne Lärm geht. Aber das Gleichgewicht ist wichtig. Eine tragfähige Lösung muss gefunden werden, damit Investitionen langfristig geplant werden können.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die Prüfung bezüglich Lockerungen nicht erst in ein paar Jahren stattfinden soll. Eine Lockerung könnte vielleicht mit dem Altstadt-Stamm diskutiert werden. Im Sommer soll es dann etwas mehr Nachtleben geben. Die Fraktion leistet dem Antrag Folge und nimmt das Postulat an.

Lukas Lanzrein (SVP) ist weniger restriktiv eingestellt. Er möchte den Gemeinderat ermutigen, an einem runden Tisch teilzunehmen. Zum labilen Gleichgewicht: Es kommt darauf an, wen man fragt. Barbetreiber und Junge würden nicht sagen, dass ein Gleichgewicht bestehe, sondern von einem relativ grossen Ungleichgewicht sprechen. Die Nachtregelung (22.00 Uhr) wird heute sowieso nicht mehr gelebt. Die Bestimmung entspricht nicht mehr der Realität und sollte angepasst werden. Die Prüfung muss nicht auf die nächste Ortsplanungsrevision verschoben werden.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, meint, dass das Postulat ein wichtiges Thema wieder auf den Tisch gebracht hat. Es betrifft nicht nur die Innenstadt, sondern auch die Aussenquartiere. Es gab eine unerfreuliche Entwicklung in der letzten Zeit, nämlich, dass auf Aktivitäten eher repressiv reagiert wird. Es muss ein Zeichen gesetzt werden. Der zeitliche Horizont ist sehr unklar, alle Probleme sollen erst bei der Ortsplanungsrevision gelöst werden. Das Thema Lärm sollte besser vorgezogen werden.

Der Rat stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Verschiebungen

- Postulat P 13/2012 betreffend Regelung der Spielzeiten von Strassenmusikanten; SVP-Fraktion vom 23. August 2012; Beantwortung
- Motion M 5/2012 betreffend Einführung einer Jugendmotion; Fraktionen SP, SVP, BDP, Grüne und Mitunterzeichnende vom 20. September 2012; Beantwortung

Mitteilungen

Stadtratssekretär Remo Berlinger verliest das Demissionsschreiben von Stadtrat Peter Dütschler. Er wird per 31. Januar 2013 nach 6 Jahren aus dem Stadtrat austreten. Ihn erwarten beruflich grosse Anstrengungen. Seine beiden Engagements im Tourismus wird er beibehalten und den Thun Thunersee Tourismus weiterhin führen. Die Verabschiedung wird im nächsten Jahr folgen.

Der Stadtratspräsident verabschiedet Stadträtin Claudine Beutler. Sie war seit 2009 Stadträtin und auch in der SAKO BiSK tätig. Er dankt im Namen der Stadt Thun und im Namen des Rates für ihr Engagement und ihre Arbeit im Stadtrat und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

Der Stadtratspräsident informiert, dass der Stadtrat im letzten Jahr 25 Stunden und 17 Minuten tagte und 83 Geschäfte behandelte. Auch eine Volksabstimmung wurde gewonnen. Er dankt dem Rat herzlich für die Mitarbeit.

Eingänge

- Postulat betreffend Stellenüberprüfung in allen Direktionen; Lukas Lanzrein (SVP), Hanspeter Aellig (FDP), Peter Aegerter (BDP) und Mitunterzeichnende vom 14. Dezember 2012

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Jürg Dällenbach

Remo Berlinger